



An den Grossen Rat

12.5246.03

WSU/P125246

Basel, 11. Januar 2017

Regierungsratsbeschluss vom 10. Januar 2017

Anzug Emmanuel Ullmann betreffend „Einführung einer Bioabfall-Abfuhr und einer Energiegewinnung durch Vergärung“

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 7. Januar 2015 vom Schreiben 12.5246.02 des Regierungsrates Kenntnis genommen und dem Antrag des Regierungsrates folgend den nachstehenden Anzug Emmanuel Ullmann stehen lassen und dem Regierungsrat zum erneuten Bericht überwiesen:

„In einem durchschnittlichen Bebbi-Sagg befinden sich ca. 40% Küchen- und Grünabfälle. Diese Biomasse, die sich im Abfallsack befindet, wird heute von der Kehrriichtabfuhr eingesammelt und in die Kehrriichtverwertungsanlage (KVA) transportiert. Dadurch geht viel Energie verloren, da bei der Vergärung doppelt so viel Energie anfällt wie bei der Verbrennung von Bioabfällen in der KVA. Bei einer Getrenntsammlung würden diese Stoffe separat eingesammelt und statt in die KVA in eine Vergärungsanlage gebracht. Eine deutliche Verschlechterung der Ökobilanz durch zusätzliche Transporte entsteht dadurch nicht. Heute muss die KVA überdies Energie einsetzen, um die feuchten organischen Abfälle zu verbrennen. Diese haben einen negativen Brennwert und führen dazu, dass weniger Energie in das Fernwärmenetz eingespiessen werden kann. Bei der Vergärung entsteht im Gegensatz zur Verbrennung das "Recyclingprodukt" Kompost, welches in der Natur dringend benötigt wird und so nicht im Ausland abgebaut und in die Schweiz transportiert werden muss. Mit der Vergärung schliesst sich somit der Stoffkreislauf auf regionaler oder lokaler Ebene, zudem kann Torf eingespart werden.

Grundsätzlich fällt die Ökobilanz bei einer "Kompostierung im eigenen Garten" am besten aus. Mit einer Getrenntsammlung sollen bestehende dezentrale Kompostieranlagen in Quartieren oder privaten Haushalten keineswegs konkurrenziert werden. Gerade in der Stadt gibt es jedoch etliche Personen, die keinen Kompost führen bzw. führen können und so zur grossen Menge Küchenabfälle im Bebbi-Sagg beitragen. Mit einer Getrenntsammlung könnten die Abfallmengen reduziert und zusätzlich Energie gewonnen werden. Die Gemeinde Riehen macht es seit vier Jahren vor - es gilt nun, dieses erfolgreiche Beispiel auf die Stadt Basel umzusetzen!

Der Regierungsrat hat bereits zu einem früheren Zeitpunkt bei der Beantwortung eines Vorstosses bekannt gegeben, dass er eine Optimierung der Kompostierberatung und die Schaffung weiterer Bio-Klappen bevorzugt, auch wenn eine Umfrage in der Bevölkerung den klaren Wunsch nach einer Getrenntsammlung zum Ausdruck brachte (71% der befragten Personen). Dies ist nach Meinung der Anzugstellenden der falsche Weg. Da Riehen im Gegensatz zu Basel bereits über ein Containerkonzept verfügt, müsste parallel zur Einführung eines Containerkonzepts für die Stadt in einem Pilotprojekt die Bioabfall-Abfuhr getestet werden. Nach erfolgreicher Einführung der Bioabfall-Abfuhr in der ganzen Stadt und bei vorhandenen Containern könnte die Anzahl der konventionellen Abfallentsorgung (analog Riehen) auf einmal wöchentlich reduziert werden.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, zu prüfen und zu berichten,

- wie ergänzend zur konventionellen Abfallentsorgung eine Getrenntsammlung der Küchen- und Grünabfälle angeboten werden kann (in einem ersten Schritt mittels Pilotprojekt in ausgewählten Quartieren),
- ob diese Küchen- und Grünabfälle vergärt und daraus Kompost und Energie gewonnen werden kann,
- ob parallel dazu ein Containerkonzept aufgebaut werden kann, um die Abfallentsorgung für die Stadtreinigung gesundheitsschonender und effizienter durchzuführen.

Emmanuel Ullmann, Andrea Bollinger, Mirjam Ballmer, David Wüest-Rudin, Dieter Werthemann, Roland Engeler-Ohnemus, Salome Hofer, Remo Gallacchi, Helen Schai, Christine Keller, Lukas Engelberger“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Ausgangslage

Der vorliegende Anzug will die im Bebbi-Sack vorhandenen gut 30% Küchen- und Grünabfälle mittels einer Abfuhr für Bioabfälle der energetischen Verwertung durch Vergärung zuführen. In einem ersten Schritt soll die Umsetzung mittels Pilotprojekt in einem Quartier gestartet werden.

In der ersten Beantwortung des Anzuges erachtete der Regierungsrat das Anliegen als unterstützenswert. Er verwies aber darauf, dass eine eingehende Abklärung und Konzeption hinsichtlich technischen Entsorgungslösungen, Verhinderung von illegaler Abfallentsorgung, Wirtschaftlichkeit sowie finanzieller Anreize, die das Verursacherprinzip nicht verletzen, notwendig sei. Er stellte eine separate Vorlage an den Grossen Rat in Aussicht, mit dem Ziel geeignete UFC-Systeme und die möglichen Standorte zu evaluieren.

Die vom Regierungsrat beantragte flächendeckende Umstellung auf Unterflurcontainer (UFC) für die Kehrrichtentsorgung wurde in der Beratung des Grossen Rates umgewandelt auf ein doppelspuriges System, bei dem die Benutzung der UFC für die Kehrrichtentsorgung freiwillig gewesen und parallel dazu die Strassensammlung analog dem heutigen System durchgeführt worden wäre. In der anschliessenden Referendumsabstimmung vom 14. Juni 2015 wurde dieser Grossratsbeschluss mit fast 70 Prozent deutlich abgelehnt. Bei der Beratung dieses Geschäfts in der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates (UVEK) wurde die Frage der Entsorgung der Bioabfälle aufgenommen. Als Möglichkeit wurde die Integration von Bioklappen in das geplante UFC-System mit über 600 Standorten erwogen. Aufgrund der hohen Kosten beschränkte sich die UVEK allerdings auf die Forderung, Bioabfall-Sammlungen bei den bestehenden Wertstoffsammelstellen (WSS) zu integrieren. Eine UFC-Bioklappe würde Investitionskosten von rund 40'000 Franken auslösen. Mit den 54 WSS-Standorten würden sich somit Investitionskosten von rund 2.2 Mio. Franken für die Stadt Basel ergeben.

Aktuell gibt es in Basel eine Grüngutabfuhr auf Bestellung sowie in den Quartieren mit viel Grünfläche auch regelmässige Grüngutabfahrten. Damit werden pro Jahr rund 900 Tonnen Grüngut aus Gärten gesammelt und kompostiert. Zudem sind in der Stadt Basel acht Bioklappen installiert. In diesen werden jährlich rund 50 Tonnen Rüst- und Speiseabfälle aus privaten Haushalten gesammelt und in die Biogasanlage in Pratteln gebracht. Die 950 Tonnen an biogenen Abfällen, die zurzeit in Basel jährlich gesammelt und verwertet werden, sind allerdings nur ein kleiner Teil der potenziellen Menge.

Seit 1. Januar 2016 gilt eine neue Abfallverordnung in der Schweiz. Die Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (VVEA) enthält verbindliche, für den Schutz der Umwelt und zum Ressourcenschutz relevante Standards für die Entsorgung von biogenen Abfäl-

len. Gemäss der VVEA sind biogene Abfälle prioritär stofflich durch Kompostierung und Vergären zu verwerten, sofern sie sich aufgrund ihrer Eigenschaften dafür eignen und separat gesammelt wurden. Durch die neuen Regelungen werden Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit bei der Entsorgung von biogenen Abfällen gefördert, Nutzungspotenziale optimiert sowie Nährstoffe, Bodenverbesserer und erneuerbare Energie gewonnen.

Der Regierungsrat hat bereits verschiedentlich Stellung zu Bioabfällen und deren Entsorgung genommen:

1. Anzug Christine Locher-Hoch und Konsorten betreffend Aktionsplan Biomasse
Schreiben des Regierungsrates Nr. 06.5041.03 vom 1. September 2010; erledigt abgeschrieben mit Beschluss des Grossen Rates vom 17. November 2010
2. Interpellation Nr. 16 von Nora Bertschi betreffend Pilotversuch Bioklappen
Schreiben des Regierungsrates Nr. 13.5106.02 vom 27. März 2013
3. Anzug Nora Bertschi betreffend Bio-Klappen
Schreiben des Regierungsrates Nr. 14.5134.02 vom 8. Juni 2016, antragsgemäss stehen gelassen mit Beschluss des Grossen Rates vom 29. Juni 2016.
4. Petition Nr. 332 Für eine wöchentliche Abfuhr von Bioabfällen (Küchenabfällen)
Schreiben der Petitionskommission Nr. 14.5650.02 vom 26. Mai 2015.

2. Sachlage

2.1 Lösungsansätze

Die in der Antwort des Regierungsrates vom 8. Juni 2016 (Nr. 14.5134.02) zum Anzug Nora Bertschi betreffend Bioklappen ausgeführten Lösungsansätze für die Entsorgung von Bioabfällen und Grüngut werden hier nochmals kurz zusammengefasst. Die Grundlagen dazu wurden 2015 in einer Studie „Biomasse in Basel“ erarbeitet.

In der Studie wurde unterschieden zwischen Bring- oder Holsammlung und der Verwertungsmöglichkeiten von Bioabfall (Kompostierung oder Vergärung), unter Berücksichtigung, dass aus hygienischen Gründen bei der Verwertung von Speiseabfällen nur die Vergärung zulässig ist. Aus rechtlicher Sicht muss die Finanzierung der kommunalen Abfallwirtschaft kostendeckend und verursachergerecht sein (Art. 32a Umweltschutzgesetz), was aufgrund der Kosten der Bioabfallsammlung auf eine Grüngutgebühr herausläuft.

Aufgrund von Erfahrungen aus anderen Städten und Gemeinden wird für Basel eine gebührenfinanzierte Sammelmenge zwischen 4'500 und 7'000 Tonnen angenommen. Die Abnahmekapazität dieser prognostizierten Biomassenmenge sollte im Raum Basel vorhanden sein, wobei die Vergärungsanlage in Pratteln sich heute an der Kapazitätsgrenze befindet. Daher ist mit längeren Transportfahrten in eine entsprechende Anlage zu rechnen.

Die Untersuchungen der Studie „Biomasse in Basel, 2015“ zeigen für eine rasche, flächendeckende Umsetzung keine befriedigende Lösung. Für die Variante 1 mit separater Sammeltour für Bioabfälle mittels Rollcontainern besteht das Problem, dass wegen des Vorgartenschutzes bei vielen Liegenschaften keine Rollcontainer platziert werden können. Bei Variante 2, die eine Sammlung der Bioabfälle bei den vorhandenen 54 WSS mittels UFC-Bioklappen und gleichbleibender Grüngutabfuhr vorsieht, können die potenziellen Mengen an Bioabfällen nicht erreicht werden. Lediglich mit der Variante 0, mit Ausbau der Grüngutabfuhr und Installation von 54 UFC-Bioklappen, kann eine teilweise befriedigende Verbesserung erreicht werden.

Gemäss Studie betragen die Gesamtkosten für Sammlung und Entsorgung je nach Variante 530 bis 650 Franken pro Tonne. Diese Kosten stehen den heutigen Kosten für die Sammlung und Entsorgung via Bebby-Sack von rund 320 Franken pro Tonne gegenüber.

2.2 Gesamtstrategie Abfallentsorgung Stadt Basel

Der Regierungsrat möchte, dass weitere Optionen innerhalb einer Gesamtstrategie für die Entsorgung der Abfälle in der Stadt Basel geprüft und erarbeitet werden. Neben der zur Diskussion stehenden Entsorgung der Bioabfälle soll die generelle Entsorgung des Kehrrechts, die Sammlung von Wertstoffen sowie die zukünftige Entsorgung und Verwertung der Kunststoffabfälle in die Überlegungen mit einbezogen werden. Der Regierungsrat hat dies bereits in der Beantwortung des Anzuges Katja Christ betreffend „Recycling von Kunststoff“ vom 9. November 2016 (14.5239.02) ausgeführt.

In dieser Gesamtstrategie sollen die Bestimmungen der neuen VVEA erfüllt werden. Die zuständigen Dienststellen im Kanton haben begonnen, diese Gesamtstrategie zu erarbeiten, mit dem Ziel, für die Abfallentsorgung in der Stadt Basel zukünftig eine Gesamtlösung vorzugeben, die der neuen Abfallverordnung wie auch den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohnern Rechnung trägt. Die Strategie mit der Umsetzungsplanung (inkl. Kosten und Ressourcenbedarf) soll als Ratschlag im ersten Quartal 2017 dem Grossen Rat vorgelegt werden.

3. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Emmanuel Ullmann betreffend „Einführung einer Bioabfall-Abfuhr und einer Energiegewinnung durch Vergärung“ erneut stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin